

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Montag, 2. Dezember 1991, Nachmittag
Lundi 2 décembre 1991, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Nebiker

Fragestunde – Heure des questions

Frage 1:

Bonny. Sicherheit der Bluttransfusionen Sécurité des transfusions sanguines

In den letzten Wochen wurde die schweizerische Öffentlichkeit durch Meldungen beunruhigt, wonach in Frankreich und Deutschland noch vor wenigen Jahren Tausende von Blutern und andere Patienten durch HIV-infizierte Blutkonserven bei Transfusionen angesteckt wurden.

Wie verhält es sich mit dieser Problematik in unserem Lande? Sind gründliche Abklärungen in dieser Richtung vorgenommen und Vorkehren getroffen worden, welche die grösstmögliche Sicherheit von Blutern und anderen Patienten gewährleisten?

Bundesrat Villiger: Das Blutspendewesen in der Schweiz besteht einerseits aus den regionalen Blutspendediensten und Spitalzentren und andererseits aus dem Zentrallaboratorium des Blutspendedienstes. Ende 1984 wurde der Test zur Feststellung von HIV-Antikörpern im Blut entwickelt. Seit Mitte 1985 ist er kommerziell erhältlich.

Seit Juli 1985 testen das Zentrallaboratorium des Roten Kreuzes und seit spätestens November 1985 die regionalen Blutspendezentren jede Blutspende auf die Abwesenheit von Anzeichen des Aids-Erregers und seit 1990 zusätzlich auch die Abwesenheit des Hepatitis-Erregers. Der Verband der Blutspendezentren und das Zentrallaboratorium überprüfen alle ordentlichen und assoziierten Verbandsmitglieder – das sind die Blutspendedienste – auf ihre Qualität.

Seit dem 1. Mai 1986 ist die auf das Epidemiegesetz abgestützte Verordnung über die Verhinderung der Übertragung von gefährlichen Infektionskrankheiten durch Blut und Blutprodukte in Kraft. Sie regelt die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwendung, Herstellung und Einfuhr von Blut und Blutprodukten. Die Personen und Organisationen, welche Blut oder Blutprodukte verwenden, herstellen oder einführen, müssen sicherstellen, dass im Blut und in den Blutprodukten keine Hinweise auf Erreger einer gefährlichen Infektionskrankheit, also namentlich von Aids und Hepatitis, festzustellen sind. Es ist Aufgabe der Kantone, das Blutspendewesen zu kontrollieren.

Die heute vorhandenen HIV-Testmethoden gehören zu den besten Tests, welche die Medizin kennt. Kein Test aber gibt eine absolute Sicherheit. Im Bereich der Bluttransfusionen wird heute ein Restrisiko von 1 zu 500 000 für eine HIV-Infektion angenommen.

Frage 2:

Scherrer Jürg. Asyl für umstrittenen Tamilenführer Demande d'asile d'un chef tamoul suspect

Dem Vernehmen nach hat der Tamilenführer Sathasivampillai Krishnakumar, genannt «Kittu», in der Schweiz um Asyl nachgesucht.

«Kittu» ist bereits von der britischen Regierung ausgewiesen worden, weil er in internationale terroristische Aktivitäten verstrickt sei und zur Finanzierung dieser Aktivitäten Geld erpresst habe.

Gemäss Auskunft des EJPD wird das Asylgesuch von «Kittu» routinemässig behandelt. Dazu habe ich folgende Fragen:

– Treffen die vorerwähnten Umstände zu?

– Wenn ja, wird der Bundesrat handeln und den international bekannten Rechtsbrecher unverzüglich und ohne Anhörung ausschaffen?

Bundesrat Villiger: Der srilankische Staatsangehörige Sathasivampillai Krishnakumar, genannt «Kittu», hat im Oktober 1991 in der Schweiz ein Asylgesuch eingereicht. Nachdem er sich während mindestens zwei Jahren im Vereinigten Königreich aufgehalten hatte, wurde ihm die Aufenthaltserlaubnis entzogen, worauf er sich nach Frankreich begab. Von dort aus hat er dann in der Schweiz um Asyl nachgesucht.

Das Asylgesuch wird gegenwärtig von den zuständigen Behörden geprüft. Ein Entscheid liegt noch nicht vor. Eine Wegweisung ohne Prüfung des Non-refoulement-Gebotes widerspricht völkerrechtlichen Verpflichtungen, solange ein Bewerber keine Gefahr für die innere Sicherheit des Landes darstellt. Die behaupteten terroristischen Aktivitäten haben zu keiner internationalen Ausschreibung geführt.

Scherrer Jürg: Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für die Beantwortung meiner Frage. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es, besonders in Anbetracht von solchen Fällen, an der Zeit wäre, diese internationalen Vereinbarungen zu kündigen, damit die Schweiz nicht unter dem Deckmantel des Asylgesuchs von internationalen Verbrechern heimgesucht wird?

Bundesrat Villiger: Da ich für ein anderes Departement Antworten geben muss, werde ich Ihre Fragen, sofern ich sie nicht selber beantworten kann, gerne dem zuständigen Vorsteher weiterleiten. Aber ich glaube, dass ich hier einen Gedanken äussern kann.

Der Bundesrat ist der Meinung, dass er nicht im Alleingang – wenn alle andern das nicht tun – solche Vereinbarungen kündigen sollte, da wir doch ein Interesse daran haben, dass die Völkergemeinschaft diese Probleme gemeinsam löst. Nachdem sich meines Wissens in diesem Fall noch keine Hinweise auf verbrecherische Aktivitäten in der Schweiz ergeben, glaube ich, dass kein Anlass besteht, diese grundsätzliche Treue zum Völkerrecht zu hinterfragen.

Frage 3:

Grendelmeier. Rechtsextreme Umtriebe. Bericht

Groupements d'extrême-droite. Rapport

Seit der Einreichung meines Postulates 89.533 «Rechtsextreme Umtriebe in der Schweiz» vom 22. Juni 1989 sind mehr als zwei Jahre verstrichen. Die diesbezüglichen Probleme haben sich seither verschärft.

Wann gedenkt der Bundesrat den angeforderten Bericht vorzulegen? Weiss er noch, dass er vor 364 Tagen das Erscheinen des Berichtes auf Frühjahr 1991 versprochen hat?

Bundesrat Villiger: Aufgrund weiterer parlamentarischer Vorstösse ist nicht nur der Rechtsextremismus, sondern der Extremismus überhaupt Gegenstand dieses Berichtes. Die Erfüllung dieses umfassenden Auftrags beanspruchte wegen der sogenannten Fichenaffäre mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Der Bericht ist aber abgeschlossen und dem Bundesrat zur Behandlung eingereicht. Anschliessend soll er veröffentlicht werden.

Frau Grendelmeier: Es tut mir leid, dass nicht Herr Bundesrat Koller hier ist, der für diese Frage zuständig wäre; aber es ist doch ein bisschen erstaunlich, dass es zweieinhalb Jahre dauert, bis ein Postulat beantwortet ist, das von 105 Mitgliedern dieses Rates unterzeichnet wurde. Man hat mich schon damals darauf aufmerksam gemacht, dass die Kantone nun «klemmen» würden. Das stimmt ja nicht mehr. Herr alt Regierungsrat Rötheli aus Solothurn hat keineswegs «geklemmt», sondern der Bericht liegt nun bei Ihnen. Wie lange dauert es nun, bis wir endlich diesen Bericht haben, abgesehen davon, dass er meinen Auftrag nicht erfüllt, sondern einen Rundum-Extremismus beantworten will anstatt den Rechtsextremismus?

Bundesrat **Villiger**: Es gibt ja auch Postulate, die gar nie solchen Erfolg zeitigen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass der Bericht jetzt vorliegt und Sie sich bald selber damit befassen können. Ich werde Ihre Bedenken gerne meinem Kollegen Koller weitergeben.

Question 4:

**Ziegler Jean. Bundesanwaltschaft. Kündigung des Chefs der Betäubungsmittel-Zentralstelle
Ministère public. Démission du chef de la section anti-drogue**

Le Conseil fédéral peut-il nous dire pourquoi, après la démission de plusieurs procureurs et juges spécialisés dans la lutte contre la criminalité économique, Jörg Schild, chef de la section anti-drogue du Ministère public fédéral, veut quitter aujourd'hui son poste?

Bundesrat **Villiger**: Herr Schild hat seine Stelle nicht gekündigt. Er kandidiert für den Sitz eines Regierungsrates im Kanton Basel-Stadt, und die Wahlen finden Anfang 1992 statt.

Question 5:

**Ziegler Jean. Geldwäscherei durch Schweizer Banken
Blanchiment d'argent criminel par les banques suisses**

Le 27 novembre 1991, grâce aux enquêteurs américains, un nouveau réseau de blanchiment d'argent de la drogue, opérant avec la complicité de la SBS de Genève, de l'UBS de Genève et de l'UBS de Zurich, a été démantelé. Les sommes en question atteignent 400 millions de dollars.

C'est la cinquième affaire de ce type qui éclate en Suisse depuis le début de l'année 1991. La législation suisse est visiblement inopérante. Le Conseil fédéral pense-t-il réviser l'article 305 du Code pénal et y introduire le délit de négligence?

Bundesrat **Villiger**: Auf die Einzelheiten des soeben erst bekanntgewordenen Falles kann im jetzigen Verfahrensstadium noch nicht eingegangen werden. Immerhin kann bereits jetzt bemerkt werden, dass sich der Gesetzgeber nie der Illusion hingegeben hat, dass mit dem Erlass neuer Normen Geldwäscherei überhaupt nicht mehr vorkommen werde. Ihre Tauglichkeit wird die neue Gesetzgebung in der gerichtlichen Verarbeitung solcher Fälle zu beweisen haben.

Auch aufgrund heutiger Erkenntnisse drängt es sich aus Sicht des Bundesrates nicht auf, die fahrlässige Geldwäscherei als Straftatbestand einzuführen. Die anlässlich der parlamentarischen Beratungen geäußerten Bedenken gegen eine derartige Ausweitung der Strafbarkeit ins Unbestimmte haben nach wie vor Geltung.

M. **Ziegler Jean**: Les réponses du Conseil fédéral sont évidemment insatisfaisantes, d'où ma question complémentaire. La loi qui traite le blanchiment de l'argent sale, votée il y a deux ans, ne sert à rien. Les enquêteurs s'en vont. Nous en sommes à la cinquième affaire grave de blanchiment dont trois à Genève; quand je dis grave, il s'agit de plus de 100 millions de francs suisses réclamés par un juge étranger.

Voici ma première question, Monsieur le Conseiller fédéral. Vous me dites que M. Schild n'est pas réduit au désespoir et qu'il n'a pas démissionné, mais il s'en va. Le premier enquêteur, l'enquêteur en chef, que nous avons nommé pour créer, étoffer, dynamiser cette section antidrogue du Ministère public de la Confédération après les affaires Kopp, Shakarchi, Simonian, entre autres, s'en va parce qu'il est déçu. C'est grave parce qu'il n'est pas le seul, ses homologues dans les cantons démissionnent eux aussi, par exemple M. Baumgartner à Zurich. Que va faire le Conseil fédéral pour donner à la section susmentionnée du Ministère public les moyens de travailler efficacement et pour que son chef ne sombre pas dans le désespoir et ne doive pas quitter son poste un an et demi après sa nomination?

Ma deuxième question est la suivante: lors du débat qui a eu lieu au printemps 1990 sur l'article 305 du Code pénal, M. Koller a déclaré qu'on n'allait pas inscrire dans la loi le délit de négligence, qu'on observerait le fonctionnement de la loi, qu'en cas de mauvais fonctionnement on la réviserait, qu'on y

inclurait la négligence. Il est évident qu'elle ne fonctionne pas puisque des affaires éclatent tous les mois et que les banques continuent à accepter l'argent de la drogue et celui du crime. Il est assez difficile de lutter contre l'indifférence du gouvernement. Quel est le délai que s'est fixé le Conseil fédéral pour réviser enfin l'article 305 et punir l'acceptation par négligence de l'argent du crime par les banques suisses?

Bundesrat **Villiger**: Aus meiner Sicht ist es ein legitimer Grund, eine Stelle zu wechseln, wenn man irgendwo Regierungsrat werden will. Aber ich werde Ihre Besorgnis wegen der Stimmung unter dem Personal gerne meinem Kollegen Koller melden.

Wenn wir ein Gesetz machen, müssen wir eine gewisse Zeit warten, um seine Wirksamkeit zu überprüfen. Auch bei diesem Gesetz sollte dies der Fall sein. Normalerweise hört der Bundesrat eher den Vorwurf, dass er Bestehendes zu rasch wieder ändert, bevor es sich hat bewähren können.

Es steht Ihnen, Herr Ziegler, selbstverständlich offen, das Problem diesem Rat nochmals in Form einer Motion zu unterbreiten.

Question 6:

**Rebeaud. Jugoslawische Asylbewerber
Demandeurs d'asile yougoslaves**

En raison de l'état de guerre civile en Yougoslavie, le nombre des candidats yougoslaves à l'asile a fortement augmenté ces derniers mois. Ces candidats sont soumis à la procédure ordinaire, alors que leur situation devrait les mettre au bénéfice de l'autorisation provisoire prévue pour les réfugiés de la violence. Cela risque de conduire à un nouvel engorgement des procédures.

Le Conseil fédéral peut-il dire pourquoi il n'applique pas la solution de l'accueil provisoire, et comment il entend traiter à l'avenir les requérants yougoslaves?

Bundesrat **Villiger**: Der Bundesrat überprüft bereits alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente des Asyl- und Ausländerrechts im Hinblick auf eine adäquate Reaktion auf die vermehrte Einreise jugoslawischer Staatsangehöriger aus dem Bürgerkriegsgebiet. Bis heute wurde der Lage in Jugoslawien insofern Rechnung getragen, als für gewisse Ausländerkategorien aus den Krisengebieten sowie für die rechtskräftig abgewiesenen jugoslawischen Asylbewerber insgesamt die Ausreisefristen ersteckt wurden.

Im übrigen bemüht sich der Bundesrat um eine Lösung, die sowohl eine unnötige Belastung des Asylverfahrens mit von vornherein aussichtslosen Gesuchen vermeidet als auch eine ausgewogene Verteilung der Fürsorgelasten auf Bund und Kantone sicherstellt. Zu treffende Massnahmen sind jedoch vorgängig mit den Kantonen abzusprechen.

M. **Rebeaud**: Ma question était la suivante: que compte faire le conseil? Ce dernier me répond qu'il étudie le problème. Ma question complémentaire est donc de savoir jusqu'à quand il pense le faire.

Bundesrat **Villiger**: Bis eine solide Lösung reif ist.

Question 7:

**Gardiol. Asylbewerber
Requérants d'asile**

Je prie le Conseil fédéral d'indiquer (sur la base des chiffres de 1990 et 1991) combien de dossiers de requérants d'asile un employé permanent traite en moyenne par an, le coût annuel moyen d'un requérant d'asile selon les décomptes de la Confédération, y compris les frais remboursés aux cantons et la durée de séjour moyenne à la charge de la Confédération?

Bundesrat **Villiger**: Im Bundesamt für Flüchtlinge befassen sich rund 155 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausschliesslich oder teilweise mit der Erledigung von Asylgesuchen. Jeder Mitarbeiter erledigt monatlich durchschnittlich zwanzig Gesuche, also beinahe ein Gesuch pro Tag. Im Vergleich zum Vorjahr wurden gesamthaft über 100 Prozent mehr Gesuche erledigt.

Die durchschnittlichen Verfahrenskosten inklusive der pauschalen Abgeltung der Verwaltungsauslagen der Kantone betragen dabei 2100 Franken pro Einzelfall. Ausgehend von einer durchschnittlichen Dauer der Fürsorgeabhängigkeit von vier bis fünf Monaten und den Durchschnittskosten von 40 Franken pro Tag ergeben sich für den Bund pro Einzelfall direkte Kosten zwischen 7000 und 8100 Franken. Nicht eingerechnet sind dabei die Integrations- und Fürsorgeleistungen für anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge usw. Während der Dauer des Verfahrens entstehen für einen anerkannten Flüchtling dieselben Kosten wie für einen Asylbewerber.

Mme **Gardiol**: Je remercie le conseiller fédéral pour ses réponses précises et je lui pose la question complémentaire suivante: est-il donc aussi d'avis qu'il serait faux de couper maintenant les crédits de l'Office fédéral des réfugiés puisque l'on avance dans ce problème et que l'on est confronté à de moins grands problèmes en Suisse?

Bundesrat **Villiger**: Frau Gardiol, der Bundesrat hat das im Budget nicht getan. Sie werden im Budget darüber entscheiden müssen, und Herr Kollege Stich wird das hier vertreten.

Frage 8:

Hafner Ursula. Vertretung der Jugendlichen in der Arbeitsgruppe «Zivildienst»
Représentation des jeunes au sein du groupe de travail «Service civil»

Am 16. September 1991 erklärte der Vorsteher des EMD im Nationalrat, er werde zur Vorbereitung eines Zivildienstgesetzes eine Studiengruppe einsetzen, «die sich aus Vertretern der Verwaltung, der Parteien und der interessierten Kreise zusammensetzt». In einem Brief an die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) bestätigt Bundesrat Villiger, dass auch die SAJV zu den interessierten Kreisen zählt. Trotzdem lehnt er die Mitarbeit der drei Jugendlichen, welche die SAJV ihm aufgrund einer an der Jugendsession vom 25. September 1991 verabschiedeten Petition vorschlägt, ab.

Was hat den Bundesrat dazu bewogen? Was für Konsequenzen hat er aus der Debatte der Jugendsession, die er nach eigener Aussage «mit Interesse verfolgt» hat, gezogen? Glaubt er, die Jugendlichen mit dem Hinweis auf das Vernehmlassungsverfahren zufriedenstellen zu können?

Bundesrat **Villiger**: Am 2. Juni dieses Jahres ist zum Glück ein Durchbruch in der Frage der Dienstverweigerung gelungen. Die Mehrheit der Stimmbürger hat die sogenannte Entkriminalisierungs-Vorlage befürwortet. Dadurch wird die Stellung der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen wesentlich verbessert.

Für den Bundesrat – das hat er immer so gesagt – handelt es sich dabei aber nur um einen Zwischenschritt. Eine definitive Lösung muss auf Verfassungsstufe getroffen werden. Ideale Voraussetzung dafür bietet die Lösung, die Sie am 16. September 1991 beschlossen haben und die der Ständerat letzte Woche bestätigt hat. Falls das Volk dieser Regelung zustimmt, wird die konkrete Ausgestaltung des Ersatzdienstes in einem Bundesgesetz zu verankern sein.

Die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage wird verwaltungsintern erfolgen. Interessierte Kreise, zu denen auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände gehört, werden im üblichen Vernehmlassungsverfahren dazu Stellung nehmen können. Im übrigen sind dem Bundesrat die Meinungen, die hier während der Jugendsession zum Ausdruck kamen, bestens bekannt.

Entgegen der Meinung von Frau Hafner habe ich bereits in der Debatte des Nationalrates im September deutlich gemacht, dass aufgrund des erwähnten positiven Volksentscheids auf die Einsetzung einer Studienkommission «Zivildienst», wie sie der Bundesrat in seinem Bericht in Aussicht gestellt hatte, verzichtet werden kann. Das blieb damals in diesem Rate unwidersprochen.

Hingegen erachtet es der Bundesrat als zwingend, zu gegebener Zeit – und das wird in nicht allzu ferner Zeit sein – eine Studienkommission «Allgemeine Dienstpflicht/Gemeinschaftsdienst» einzusetzen. Sie wird zu prüfen haben, ob und gegebenenfalls wie die allgemeine Wehrpflicht und die Zivildienstpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht abgelöst werden können oder sollen. Diese Kommission sollte aus Vertretern der Verwaltung, der Parteien und interessierter Kreise zusammengesetzt sein; es liegt auf der Hand, dass auch die Jugend in dieser Studienkommission vertreten sein wird. Auch die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände wird dabei Gelegenheit erhalten, ihre Vorschläge einzubringen.

Frau **Hafner Ursula**: Bekanntlich waren gerade die Betroffenen, die Militärverweigererkreise und viele Jugendliche, mit ihnen auch die SAJV, gegen die sogenannte Entkriminalisierungsvorlage, die am 2. Juni 1991 angenommen wurde und die glücklicherweise nur einen Zwischenschritt darstellt. Weshalb will der Bundesrat die Hauptbetroffenen nun beim nächsten Schritt nicht dabei haben? Ich meine mit den Hauptbetroffenen die Jugendlichen, die den Zivildienst dann zu leisten haben werden. Warum vertröstet er sie auf den übernächsten Schritt? Glaubt er nach dem, was er an der Jugendsession gehört hat – die Jugendlichen verlangten, bei der Ausarbeitung des Zivildienstgesetzes dabei sein zu können –, sie mit der Vernehmlassung zufriedenstellen zu können?

Bundesrat **Villiger**: Es geht vor allem darum, möglichst rasch eine gesetzliche Lösung realisieren zu können. Es liegt im Interesse aller, diese Zwischenstation, das Provisorium, möglichst bald zu überwinden. Wir werden uns selbstverständlich bemühen, eine Vorlage zu bringen, die wieder einigermaßen konsensfähig ist, obschon ich mir bewusst bin, dass das bei der Ausformulierung des Gesetzestextes eher schwieriger sein wird als beim Grundsatz, dem alle einhellig zugestimmt haben.

Sie dürfen auch die Möglichkeiten der Vernehmlassung nicht unterschätzen. So, wie ich Sie kenne, werden Sie und andere hier im Rat sicher die Anliegen der Jugendlichen wieder mit einbeziehen. Wir würden doch sehr viel Zeit verlieren, wenn wir hier eine grosse Evaluationsrunde machen. Diese Grundlagenarbeit sollte besser dem grundsätzlichen Schritt der Vorlage zur allgemeinen Dienstpflicht vorbehalten bleiben.

Frage 9:

Baumberger. Militärische Beförderung von Frau Paschoud
Promotion militaire de Madame Paschoud

Frau Paschoud M., Mittelschullehrerin aus dem Kanton Waadt, wird per 1. Januar 1992 zum Major MFD befördert. Nachdem die von Frau Paschoud als Historikerin gemachten Aussagen über den Wahrheitsgehalt des Holocausts, über die Greuelthaten des nationalsozialistischen Regimes, über die Grenzen der Schweiz hinaus für Aufsehen sorgten, ist eine Beförderung von Frau Paschoud staatspolitisch äusserst fragwürdig. Eine solche Beförderung ist auch unverständlich aus der Sicht der Aktivdienstgeneration, die während des Zweiten Weltkrieges für unsere Unabhängigkeit und Freiheit eingestanden ist. Wie begründet der Bundesrat diese Beförderung?

Frage 10:

Rechsteiner. Militärische Beförderung von Frau Paschoud
Promotion militaire de Madame Paschoud

Durch die Presse («WoZ» 46/91) ist bekanntgeworden, dass beabsichtigt sei, die Nazi-Sympathisantin Mariette Paschoud in den Majorsrang zu befördern. Bundesrat Villiger hat gegenüber der Presse erklärt, sich gegen die Beförderung auszusprechen, wenn sich «Beweise für die angeblichen Nazi-Sympathien» finden.

Auf welche Beweise wartet das EMD, nachdem Frau Paschoud schon 1986 an einer Pressekonferenz öffentlich die Existenz der Nazi-Gaskammern anzweifelte?

Question 11:**Aguet. Militärische Beförderung von Frau Paschoud
Promotion militaire de Madame Paschoud**

«Le 700e anniversaire de la Confédération a commencé par un provoquant 'bras-dessus bras-dessous' de Monsieur et Madame Kopp dans les rues de Bellinzzone et il se termine par la promotion de Madame Paschoud au grade de major» écrit dans la presse régionale un capitaine de Villeneuve. Un autre capitaine de Montreux écrit à l'autorité de nomination qu'il est prêt à remettre son commandement. Or on sait que l'officier SFA Paschoud défend la théorie fasciste et révisionniste selon laquelle les fours crématoires n'ont jamais existé.

Le Conseil fédéral peut-il dire quelle autorité a procédé à cette promotion et quelle sera son attitude dans cette affaire?

Bundesrat Villiger: Ich werde die drei Fragen 9, 10 und 11 zusammen beantworten.

Frau Paschoud ist nicht zum Major befördert worden. Die Kommission für militärische Landesverteidigung hat ihr lediglich das Fähigkeitszeugnis ausgestellt. In diesem Verfahrensstadium wird bescheinigt, dass ein Anwärter die militärischen Fähigkeiten besitzt, einen Grad oder eine Funktion zu erlangen, und dass die rein formellen Beförderungsbedingungen erfüllt sind. Aus dem Fähigkeitszeugnis kann kein Anspruch auf Beförderung abgeleitet oder geltend gemacht werden. Die rein militärischen Fähigkeiten von Frau Paschoud werden als gut bis sehr gut qualifiziert. Trotzdem wird mein Departement aufgrund der Haltung von Frau Paschoud zur Frage des Holocausts dem Bundesrat beantragen, in ihrem Fall auf die Beförderung zum Major zu verzichten.

Baumberger: Ich bin sehr dankbar für die positive – ich habe sie so erwartet – Antwort des Bundesrates. Ich glaube, gerade wer für die Armee einsteht, ist froh, dass hier klare Grenzen bestehen.

Es ergibt sich aber eine Zusatzfrage: Wie stellt der Bundesrat sicher, dass in der Masse derartiger Beförderungsanträge, wie sie Anfang Jahr vorkommen, gewährleistet ist, dass nicht eines Tages versehentlich derartige Beförderungen doch vorgenommen werden?

Bundesrat Villiger: Früher hat man, um so etwas vermeiden zu können, Fichen angelegt, und dort hat man nach schwachen Punkten gesucht. Das wollen wir nicht mehr machen, und ich habe sichergestellt, dass das nicht mehr passiert. Es obliegt den direkten Vorgesetzten, die viel näher an solchen Fällen sind, sich vermehrt politische Überlegungen zu machen und sich solche Vorschläge besser zu überlegen. Ich kann natürlich nicht versprechen, dass eine solche Panne nicht mehr passiert. Aber ich hoffe doch, dass alle Beteiligten daraus gelernt haben.

Frage 12:**Wanner. AHV-Mittel für Regionalbanken
Fonds AVS. Aide à la trésorerie des banques régionales**

Die Regionalbanken in unserem Land leiden generell unter Liquiditätsmangel. Ist der Bundesrat bereit und in der Lage, zusätzliche Mittel des AHV-Ausgleichsfonds zur Verfügung zu stellen?

Bundesrat Stich: Gemäss AHV-Gesetz wird die Anlagepolitik des Ausgleichsfonds von dessen Verwaltungsrat und nicht vom Bundesrat festgelegt.

Das Gesetz schreibt weiter vor, dass die Aktiven des Ausgleichsfonds so anzulegen seien, dass ihre Sicherheit sowie eine angemessene Verzinsung gewährleistet sind. Es ist kaum zu erwarten, dass der Ausgleichsfonds sein Engagement bei den Regionalbanken erhöhen wird. Die Liquiditätslage dieser Bankengruppe hat sich jedoch weitgehend normalisiert. Die Regionalbanken können und sollen durch eine Umstrukturierung ihrer Aktiven ihre Liquiditätsposition weiter verbessern.

Frage 13:**David. Teuerungskämpfung
Lutte contre le renchérissement**

Worauf ist – nach Meinung des Bundesrates – die anhaltende Erfolglosigkeit der Nationalbank bei der Teuerungskämpfung zurückzuführen? (Instrumente? Methoden? Verantwortliche Personen?)

Bundesrat Stich: Es hat sich immer wieder gezeigt, dass es äusserst schwierig ist, die Inflation zu bekämpfen. Die Geldpolitik muss daher mit allen Mitteln versuchen, die Teuerung beim Entstehen zu verhindern. Dies gilt ganz besonders in der Schweiz, wo verschiedene Indexmechanismen einen in Gang gekommenen Inflationsprozess verstärken. Die Frage nach der Verantwortung habe ich schon verschiedentlich beantwortet. Die Inflation ist darauf zurückzuführen, dass in den Jahren 1987 und vor allem 1988 die Geldmenge zu gross war. Dadurch entstand eine Inflationsspirale, die den Eindruck erwecken konnte, die Schweizer Geldpolitik sei grundsätzlich erfolglos.

Bei der Beurteilung der schweizerischen Geldpolitik gilt es aber zu beachten, dass es auch in der Vergangenheit immer mindestens 30 Monate gedauert hat, bis eine restriktive Geldpolitik auf die Preise zu wirken begann. Nach dem Konjunkturaufschwung Anfang der siebziger Jahre dauerte es 39 Monate, Anfang der achtziger Jahre sogar 48 Monate, bis zum definitiven Abschwung der Teuerungsrate. Heute sind es etwa 39 Monate her, seit die Nationalbank geldpolitisch restriktiver geworden ist.

Seit August dieses Jahres ist ein Rückgang der Teuerungsrate zu beobachten, die Ausnahme des letzten Monats bestätigt hier die Regel. Diese war auch anzunehmen und zu erwarten. Die meisten Wirtschaftsbeobachter gehen davon aus, dass sich die Inflationsrate in der Schweiz auf einem Trend nach unten befindet. Dies wird sich in Kürze bestätigen müssen, andernfalls wäre, wie der Bundesrat in seiner mündlichen Antwort auf die Interpellation Weber Monika (91.3236, Sorge um massive Teuerung und Geldentwertung) am 1. Oktober dieses Jahres im Ständerat festgehalten hat, eine neue Standortbestimmung vorzunehmen, da die Preis-Lohn-Spirale sonst neue Impulse erhalten würde.

Frage 14:**Giger. Schliessung einer Regionalbank. Auswirkungen auf den Finanzplatz Schweiz****Fermeture d'une banque régionale. Incidences sur la place financière suisse**

Die Eidgenössische Bankenkommision (EBK) hat mit Verfügung vom 18. Oktober 1991 der Spar- und Leihkasse Thun (SLT) die Bewilligung zur Ausübung der Geschäftstätigkeit als Bank entzogen. Das Bundesgericht hat eine entsprechende Verwaltungsgerichtsbeschwerde der SLT abgewiesen. Dieser Fall wirkt sich generell nachteilig auf den Finanzplatz Schweiz aus.

War es richtig und verantwortbar, dass pro Sparer(in), pro Lohnkonto-Inhaber(in) anfänglich nur 500 Franken ausbezahlt wurden, dies im Hinblick auf die Konvention XVIII der SBVg, und ist das Finanzdepartement bereit, bei der SNB dafür zu sorgen, dass die als Folge des «Falles Thun» eingetretene Liquiditätsknappheit raschestmöglich behoben wird?

Bundesrat Stich: Den Entscheid, pro Sparer respektive Sparerin und pro Lohnkonto-Inhaber respektive -Inhaberin anfänglich nur 500 Franken auszubezahlen, hat der durch Beschluss der Eidgenössischen Bankenkommision bei der Spar- und Leihkasse Thun eingesetzte Beobachter aufgrund einer vorsichtigen und fundierten Lageanalyse getroffen. Die Schweizerische Nationalbank ist unter den üblichen Bedingungen bereit, Banken in der Schweiz zu refinanzieren, wenn diese belehnbare Papiere einreichen können. Aber wie dies bereits bei der Beantwortung der Frage Wanner betont wurde, hat sich die Liquiditätslage der Regionalbanken inzwischen weitgehend normalisiert.

Sie haben es auch in der Hand, durch Umstrukturierung ihrer Aktiven ihre Liquiditätsposition weiter zu verbessern. Nicht

Aufgabe der Nationalbank ist es aber, Banken mit Solvenzproblemen, wie die Spar- und Leihkasse Thun, zu helfen. Gläubiger dieser Bank, die wesentliche Teile ihrer Mittel dringend benötigten, z. B. zur Bezahlung von Löhnen, könnten die Forderung einer anderen Bank abtreten oder auch verpfänden.

Frage 15:

Wanner. Bericht über Gentechnologie. Erscheinungsdatum

Rapport sur les manipulations génétiques. Date de publication

Schon seit längerer Zeit ist die Ausarbeitung eines Berichtes in bezug auf den Stand und die Probleme der Gentechnologie in unserem Land in Aussicht gestellt. Wann ist dieser zu erwarten?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le KOBAGO, c'est-à-dire le Service de coordination interdépartemental pour l'usage d'organismes génétiquement modifiés, a terminé l'élaboration du rapport «Génie génétique, état actuel et perspectives futures». Les offices intéressés par cet objet important ont donné leur feu vert au rapport il y a quelques semaines. Ce document est actuellement en traduction. Ensuite, soit au début de 1992, le rapport sera soumis au Conseil fédéral qui en prendra alors connaissance, puis il sera publié. Ce n'est donc une question que de quelques semaines.

Wanner: Eng zusammenhängend mit dieser Frage ist die der Weiterentwicklung des Patentrechts. Ich frage den Bundesrat an: Ist er bereit, über diesen Bericht hinaus periodisch über den Verlauf der Gatt-Verhandlungen im Bereich des Patentrechts zu berichten?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Nous sommes prêts, d'une part, sur la base du rapport, à élaborer une politique en cette matière, à aller au-delà d'un rapport pour le transformer, en reprenant tout ou partie de ses éléments, en une politique du Conseil fédéral et, d'autre part, à examiner l'évolution de la question, non seulement, Monsieur Wanner, dans les négociations et l'évolution du GATT, mais aussi dans d'autres négociations internationales; je pense en particulier à l'évolution que la Communauté européenne connaîtra dans ce domaine. Toute une politique extrêmement intéressante est en pleine élaboration, à laquelle nous devons être attentifs, non seulement parce qu'il serait opportun que nos politiques communautaire et suisse sur ce point capital soient si possible en accord, mais aussi parce que certains éléments éthiques que nous défendons ici depuis longtemps et que nous continuerons de défendre pourraient ne pas être en parfaite correspondance avec les politiques de nos voisins et que cela réclame une attention périodique.

Votre question m'engage à vous affirmer que des rapports périodiques et une vérification constante sont nécessaires et seront exécutés.

Frage 16:

**Baumann. Gatt-Verhandlungen
Négociations du GATT**

Es macht den Anschein, dass der Bundesrat im Rahmen der Gatt-Verhandlungen zu Lasten der Landwirtschaft weitere Konzessionen machen will bzw. gemacht hat.

Kann der Bundesrat den Bauern zusichern, dass gegenüber den letztes Jahr im Rahmen der Gatt-Verhandlungen gemachten, sehr weit gehenden Konzessionen keine weiter gehenden Zugeständnisse zu Lasten der Landwirtschaft gemacht werden?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je dirai à M. Baumann que la Suisse n'a pas fait de nouvelle offre depuis le 24 octobre 1990 dans l'enceinte du GATT et de son Uruguay-Round. L'idée d'une tarification généralisée, d'une tarification sans exception, d'une tarification immédiate de toutes les mesures de protection à la frontière, a dégagé de notre part, Monsieur Baumann, un communiqué diffusé la semaine dernière, et dont je vous rappelle la teneur, car il résume toute la philosophie qui doit être la nôtre à l'intérieur du GATT: premièrement, la négoc-

iation de l'Uruguay-Round revêt un intérêt primordial pour l'économie suisse. Deuxièmement, les efforts qui sont faits ces jours pour débloquent le volet agricole dans cette négociation, ainsi que la négociation dans son ensemble, sont, dès lors, bienvenus. Troisièmement: cependant, quelques-unes des idées énoncées revêtent un caractère excessif, c'est le Département de l'économie publique qui le dit. Elles ne peuvent recueillir le consensus nécessaire pour parvenir à un résultat équilibré de la négociation. Quatrièmement, en ces circonstances, j'ai confirmé mon instruction aux négociateurs suisses, à savoir celle de faire valoir à Genève nos objections en ce qui concerne notamment la tarification généralisée et sans exceptions.

Baumann: Die Verunsicherung in bäuerlichen Kreisen ist enorm. Ich glaube, Herr Bundesrat, Ihre Antwort trägt nicht sehr viel zur Beruhigung bei. Wann, Herr Bundesrat, wird die Öffentlichkeit konkret über die Auswirkungen der Gatt-Verhandlungen auf den Landwirtschaftssektor informiert?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Comment voulez-vous que je vous dise aujourd'hui, Monsieur Baumann, alors que la négociation est en plein cours, qu'elle est bien loin d'être conclue, que les positions sont actuellement très contrastées entre, d'un côté, la Communauté et les Etats-Unis, qui sont en passe de s'entendre, mais cela n'est pas encore fait, et d'un autre côté, des puissances économiques, comme le Japon et la Suisse, qui sont sur la même longueur d'ondes, sont en situation très controversée, comment diable pourrais-je vous dire aujourd'hui: voilà ce que la négociation du GATT va nous apporter, voilà les résultats qui en découleront.

Si je vous dis que nous nous battons pour éviter précisément que cet Uruguay-Round débouche sur des solutions extrêmes et inacceptables, si je vous dis que nous n'avons pas arrêté de combattre, en dépit des procès d'intention qui sont parfois faits aux négociateurs suisses, je pense que je ne peux pas vous apporter, en mon âme et conscience, davantage de «Beruhigung» – comme vous le souhaitez – que ce que je vous dis aujourd'hui. C'est lorsque la négociation sera terminée, que nous aurons la vue exacte de la situation, ce n'est qu'à ce moment-là, Monsieur Baumann, que nous pourrons dire oui ou non aux résultats de cette négociation, au nom de la Suisse. Sachez en tout cas que le moteur de notre intervention à Genève est une volonté de faire aboutir ces négociations qui sont capitales pour l'avenir de ce pays, mais pas à n'importe quel prix agricole.

En effet, si nous appelons, avec vous, des modifications de structures de l'agriculture, nous refusons tout net le démantèlement de l'agriculture suisse. C'est dire que nous n'irons pas au-delà de certaines limites bien claires dans notre esprit.

Frage 17:

**Neuenschwander. Arbeitslosigkeit
Augmentation du chômage**

Täglich folgen neue Meldungen über Entlassungen und Betriebsschliessungen. Der heutige Stand und die tendenziell weiter zunehmende Arbeitslosenquote führen zu Beunruhigung bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Welche wirksamen Gegenmassnahmen können vom Bundesamt für Konjunkturfragen, bei weiterer Zunahme der Arbeitslosigkeit, als Sofortprogramm eingesetzt werden?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Par rapport au débat économique extrêmement vivant que nous avons eu devant ce conseil lors de la troisième semaine de la session d'automne, je dirai que la situation économique stagne et que les espoirs d'une amélioration tardent plus qu'on ne l'avait imaginé. La courbe du nombre des chômeurs, notamment, continue de monter, Monsieur Neuenschwander, et même si l'embellie économique suisse surgissait à court terme, cette courbe continuerait de croître pendant un certain temps encore.

Qu'avons-nous fait face à cette situation? Tout d'abord nous avons prolongé la durée maximale des versements d'indemnités journalières de l'assurance-chômage, là où le chômage est supérieur à la moyenne suisse – il s'agit en particulier des

cantons romands, Genève, Vaud, Neuchâtel et Jura, et du canton du Tessin. Nous avons ensuite libéré, au 1er décembre, les réserves de crise pour alimenter la réamorçage de la pompe économique. Toutefois, comme nous l'avons déjà dit en automne, un programme de relance ne serait pas opportun maintenant et c'est la raison pour laquelle nous n'en avons pas présenté.

Nous sommes en contact permanent avec les milieux de l'économie, avec les milieux bancaires et la Banque nationale en particulier, ainsi qu'avec les gouvernements cantonaux. En cas de détérioration de la situation, contrairement à cette embellie qui tarde à venir mais qui viendra, la politique monétaire et la politique financière pourront faire l'objet d'un réexamen, mais si de véritables programmes de relance sont prêts, ils ne doivent pas être déclenchés dans la conjoncture actuelle.

Neuenschwander: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit kann nicht nur mit dem Hinweis auf eine vorübergehende konjunkturelle Schwäche abgetan werden. Die Antwort von Herrn Bundesrat Delamuraz bezieht sich wahrscheinlich auch weitgehend auf flankierende Massnahmen, aber auf solche ohne Korrektur in der Zinspolitik. Das Gewerbe und die Klein- und Mittelbetriebe sowie die Bauwirtschaft brauchen keine Umschulung, keine Subventionen, aber wirksame Massnahmen. Eine Zusatzfrage: Ist der Bundesrat bereit, im Investitionsbereich konkrete Massnahmen als Sofortprogramm zu unterbreiten? Dieses Anliegen müssen auch Sie, meine Damen und Herren, in der kommenden Budgetberatung berücksichtigen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Comme je l'ai dit dans la dernière partie de ma réponse à M. Neuenschwander, les circonstances ne sont pas propices, actuellement et dans l'immédiat, à un programme d'intervention de la part de l'Etat. En revanche, la politique monétaire, et par conséquent la politique des intérêts, ainsi que la politique budgétaire, publique, sont susceptibles de corrections, à relativement court terme. Nous les avons examinées avec le Directoire de la Banque nationale, nous avons constaté que des inflexions étaient possibles, celles-ci devant, à tout le moins, éviter dans l'immédiat des hausses d'intérêt qui auraient quelque chose de diabolique dans les circonstances présentes. Quant à trouver notamment des conditions d'emprunt à meilleur compte, c'est une tâche à laquelle nous nous attelons.

Vous avez raison de rattacher cela à la politique budgétaire et les quelques relances possibles – notamment dans le domaine de la construction de logements – sont, au vu de la stagnation du marché, un élément de dynamisme nécessaire. Les offices intéressés à cette opération y travaillent, ce n'est pas de la relance «de crise», c'est une réamorçage de la pompe qui est défaillante, en particulier dans ce domaine. Il n'y a qu'à voir la situation dans le canton de Genève, entre autres, pour bien se rendre compte que c'est là que réside le mal principal.

Question 18:

Spielmann. Pressekonzentration in der Westschweiz Concentration de la presse en Suisse romande

La liberté de la presse n'est pas compatible avec la concentration dans un cartel des pouvoirs de décision sur la presse et des moyens de sa diffusion.

Or, on assiste dans notre pays à une concentration de la presse d'une ampleur telle que même la Commission des cartels prépare une enquête sur ce sujet.

Le Conseil fédéral est-il prêt à prendre des mesures pour sauvegarder la liberté de la presse et garantir les moyens de sa diffusion? Si oui, lesquelles?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Compte tenu des transformations du paysage médiatique, en particulier de celui de la Suisse romande, la Commission des cartels prépare une nouvelle enquête sur la concentration de la presse en Suisse.

En ce qui concerne plus particulièrement la Suisse romande, elle a déjà ouvert une enquête préalable sur les cas Edipresse et Publicitas. Il ne sera possible de se prononcer sur le processus actuellement en cours qu'une fois les constatations de la Commission des cartels connues. Quant à savoir si la concen-

tration limite la liberté de la presse inévitablement et dans chaque cas, c'est une question qui est ouverte et qui, précisément, devra faire l'objet en particulier de l'éclairage de la Commission des cartels et de l'examen qu'elle a décidé d'entreprendre. Car, en effet, le problème de la concentration de la presse doit être envisagé sous l'angle de la diminution du nombre des titres – cela est sûr, comme vous le dites – mais d'autres considérations doivent également être prises en compte et c'est de cet examen que la Commission des cartels est actuellement chargée.

S'il devait se révéler, Monsieur Spielmann, selon les résultats de l'enquête préalable, puis de l'enquête générale que la Commission des cartels opérera, que des mesures doivent être prises – vous savez bien que la Commission des cartels recommande et que le Département fédéral de l'économie publique peut transformer ces recommandations en décisions – et que, sur la base de ces recommandations, des décisions sont nécessaires dans ce domaine, nous les prendrions comme nous les avons prises dans le secteur des assurances tout d'abord, puis dans le secteur des banques sous l'empire de la nouvelle législation sur les cartels.

M. Spielmann: Par rapport à la question qui était posée dans le domaine de la diffusion de la presse, je voudrais non seulement insister sur l'aspect journalistique – étant entendu que celui-ci me préoccupe et qu'il est important pour notre pays d'assurer la liberté de la presse – mais aussi sur le fait que des cartels ont simultanément mainmise sur la presse et sur la diffusion de la publicité, cette dernière étant l'un des supports principaux de la diffusion des journaux. La position du Conseil fédéral m'inquiète, face à une motion, signée par la quasi unanimité des membres de ce conseil, qui demandait précisément que des mesures soient prises pour favoriser la diffusion et la distribution de la presse. A mon avis, il y a là un nécessaire contrepoids à faire si l'on ne veut pas que les cartels et les monopoles de la publicité puissent ensuite dicter aux journalistes ce qu'ils ont à dire ou à ne pas dire.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je ne peux pas donner une non-réponse à une non-question. Je veux quand même dire que l'allusion faite par M. Spielmann est claire. Il estime que non seulement le problème d'édition – indépendance des rapports entre l'éditeur et ses rédacteurs – est posé, mais encore celui de la diffusion. Il est évident que dans son analyse, la commission des cartels ne peut pas ne pas prendre en compte aussi cet aspect des choses.

Frage 19:

Misteli. Massaker in Ost-Timor Massacre au Timor oriental

Seit 1975 hält Indonesien widerrechtlich Ost-Timor besetzt und unterdrückt die lokale Bevölkerung mit grausamen Methoden. Am 12. November richteten indonesische Polizei und Militärgruppen ein Massaker unter vorwiegend Jugendlichen an. Je nach Quelle wurden dabei 19 bis 200 Menschen getötet.

Die EG, die USA und Australien haben die Gewalttat verurteilt; Holland hat angekündigt, keine neuen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mehr bis zur Klärung der Ereignisse zu finanzieren.

Was ist die Stellungnahme des Bundesrates zu diesem die Menschenrechte eklatant verletzenden Ereignis und der generell andauernden Situation der widerrechtlichen Besetzung Ost-Timors durch Indonesien? Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, zum Beispiel in der Entwicklungs- oder wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Indonesien?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le massacre commis le 12 novembre de cette année, à Dili, au Timor-Oriental, par des unités de l'armée et de la police indonésienne ont amené le Département des affaires étrangères à charger notre ambassadeur à Djakarta d'intervenir auprès des autorités indonésiennes. Notre ambassadeur sera reçu par le Ministre de la défense et lui fera part de la condamnation par le Conseil fédéral de l'action brutale des forces de sécurité indonésiennes, ainsi que de notre demande pour que les problèmes existant au Ti-

mor-Oriental soient réglés dans le respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales tel qu'il est inscrit dans la Déclaration universelle des droits de l'homme. Notre ambassadeur exprimera également l'espoir du Conseil fédéral que la Commission d'enquête qui a été mise en place par le Gouvernement indonésien publie prochainement un rapport complet à ce sujet et que les coupables soient punis.

Le Comité des ministres du Conseil de l'Europe, présidé par la Suisse, a adopté lui aussi une déclaration sur le Timor-Oriental. La Suisse n'a jamais reconnu l'annexion par la force de cette ancienne colonie portugaise par l'Indonésie. Elle demande instamment qu'une solution soit trouvée à cette question dans le cadre des Nations Unies.

Un examen de la coopération au développement menée en Indonésie, qui s'élève à quelque 20 millions de francs pour l'année en cours, démontre que cette coopération veut atteindre les couches les plus défavorisées de la population. Ainsi, la Suisse accorde une aide dans les domaines de la formation professionnelle technique et du développement de structures et d'infrastructures citadines et rurales de base. L'approvisionnement en eau potable ou l'augmentation du revenu sont des objectifs concrets. La Suisse soutient également un programme de l'UNICEF qui a trait à la santé et à l'alimentation.

Une réduction ou une interruption de l'aide suisse toucherait donc la partie de la population qui d'ordinaire souffre le plus des violations des droits de l'homme. Par ailleurs, une politique visant à l'isolement économique de l'Indonésie ne contribuerait guère à garantir un meilleur respect de ces droits partiellement bafoués à l'heure actuelle. En effet, jusqu'à un certain point en tout cas, des relations économiques renforcent notre influence en la matière. Cette constatation vaut en particulier pour la coopération au développement car cette forme de coopération permet de plaider en faveur des causes chères à la Suisse lors des négociations avec les autorités des pays partenaires.

Question 20:

Spielmann. Diplomatische Beziehungen mit Kambodscha Relations diplomatiques avec le Cambodge

Les récentes décisions prises et les processus en cours au Cambodge ouvrent de nouvelles perspectives pour le peuple de ce pays, victime des atrocités commises par les Khmers rouges de Pol Pot. Quel est le rôle de la Suisse dans les processus en cours? Est-elle prête à entretenir des relations diplomatiques avec ce pays?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La Suisse a gelé de facto ses relations diplomatiques avec le Cambodge après l'invasion de ce pays par les troupes vietnamiennes et la mise en place du gouvernement de Heng Samrin. En effet, le Cambodge ne devint alors rien d'autre qu'un pays occupé, un pays dirigé par un gouvernement à la solde d'Hanoi. Avec la signature à Paris, le 23 octobre dernier, d'un accord de paix, et après l'entrée en fonction à mi-novembre du Conseil national suprême, le CNS – je m'adresse au Conseil national, là-bas on a le Conseil national suprême – une période de transition a commencé, qui devrait s'achever par la tenue d'élections et la formation démocratique d'un gouvernement. Le Conseil national suprême, placé sous la présidence du prince Sihanouk peut, à la rigueur, être considéré comme un gouvernement de transition, sorte de première ébauche, qui devra toutefois partager ses pouvoirs avec l'autorité temporaire de surveillance de l'ONU, l'UNCTAD. Il faut admettre que cette période pourrait être caractérisée par un partage et un exercice assez diffus du pouvoir étatique. De plus, le Conseil national suprême ne dispose d'aucune légitimité démocratique. Il n'est dès lors pas possible de savoir encore si le CNS, une coalition d'anciennes parties à la guerre civile, réussira effectivement à mettre en oeuvre les dispositions de l'accord de paix.

Les récents événements qui ont marqué le retour du leader des Khmers rouges, aussi compréhensibles soient-ils, sont des événements peu réjouissants et peu prometteurs à cet égard. Ces faits ne parlent pas en faveur d'une reprise complète dès aujourd'hui des relations diplomatiques avec le Cambodge. Nous avons donc décidé pour l'heure, d'envoyer

notre ambassadeur accrédité en Thaïlande en mission spéciale à Phnom Penh très prochainement pour nouer les premiers contacts avec le Conseil national suprême. Notre ambassadeur évaluera également les possibilités qui pourraient s'offrir à la Suisse de participer à la reconstruction de ce pays ravagé par une terrible guerre civile.

Voilà l'état actuel de la question.

Question 21:

Gardiol. Madagaskar Madagascar

Les massacres perpétrés à Tananarive les 10 août et 23 octobre 1991, faisant plusieurs dizaines de morts, ont été condamnés officiellement par la Suisse. Lors de son passage à Berne, le 25 octobre dernier, la délégation du gouvernement transitoire (Forces vives) emmenée par son premier ministre, M. Albert Zafy, a été reçue au Palais fédéral.

Depuis le 24 novembre, M. Zafy représente la haute autorité de l'Etat, désigné par un accord entre le premier ministre Razanamasy du gouvernement «officiel» de Didier Ratsiraka et les Forces vives. Il a cependant encore besoin d'un soutien clair des pays européens pour poursuivre sa marche vers la démocratie et le respect des droits de l'homme à Madagascar.

Le Conseil fédéral est-il prêt à soutenir l'organisation du référendum prévue pour février 1992 et à envoyer des observateurs pour superviser le bon déroulement de cette consultation?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le Département fédéral des affaires étrangères a condamné publiquement, le 12 août 1991, la répression dans le sang, par la garde présidentielle malgache, d'une grande manifestation populaire tenue deux jours auparavant. Il n'a cependant pas émis de telles condamnations après le 23 octobre.

La délégation des Forces vives de Madagascar, qui a été reçue le 25 octobre par le chef de la Division politique II de notre Département des affaires étrangères, l'a été, Madame Gardiol, au même titre que d'autres groupes d'opposition, que nous recevons d'Afrique, voire d'autres continents, selon la pratique établie. Contrairement – et c'est important – à ce qui a été déclaré par cette délégation après sa visite, le Département des affaires étrangères n'a pas fait de promesses au sujet des demandes d'aide présentées par les Forces vives, il n'a pas signalé à ses interlocuteurs un soutien de la Suisse dans l'état actuel des choses, concernant le principe du référendum, qui doit être décidé par les Malgaches eux-mêmes.

En revanche, il leur a été fait part de notre disponibilité – la disponibilité habituelle de la Suisse – avec un Département des affaires étrangères qui serait prêt à examiner, avec attention, des demandes bien documentées qui pourraient lui être faites, en particulier concernant le contrôle de consultations populaires à organiser. Le Département des affaires étrangères n'a pas connaissance qu'une décision de toutes les parties malgaches ait été prise quant au principe même du référendum et de sa tenue en février de l'année prochaine. Il ne le sait ni officiellement, ni officieusement. De plus, les Forces vives sont les seules, jusqu'à ce jour, à lui avoir présenté une demande d'aide matérielle pour l'organisation d'un tel référendum, ainsi que l'envoi d'observateurs pour assurer la régularité du développement d'une telle consultation.

Präsident: Bundesrat Felber möchte die Fragen 22 bis 26 (Duvoisin, Gross Andreas, Mauch Rolf, Steffen und Bäumlín) zu Jugoslawien persönlich beantworten. Da er auf offizieller Reise im Ausland weil, wird er sie am Montag, den 9. Dezember 1991, beantworten.

Frage 27:

Reimann Maximilian. Radioversorgung des aargauischen Rheintals

Couverture radiophonique du Rheintal argovien

Mit der Inbetriebnahme eines neuen UKW-Senders ob Waldshut (BRD) durch die PTT wird künftig die radiophonische Versorgung des aargauischen Rheintals verbessert. Um die neue Frequenz streiten sich nun verschiedene Radioveranstalter. Kann der Bundesrat die verbindliche Erklärung abgeben, dass das aargauische Rheintal nach Inkraftsetzung des neuen RTVG

senderfrequenzmässig sowohl mit den drei UKW-Programmen von Radio DRS als auch mit dem Programm des privaten «Radio Argovia» versorgt werden kann?

Bundesrat Ogi: Der UKW-Sender Waldshut wird von den PTT-Betrieben in Absprache mit dem Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement und auf ausdrücklichen Wunsch der Aargauer Regierung provisorisch in Betrieb genommen, um die Versorgung des aargauischen Rheintals mit dem Regionaljournal Aargau/Solothurn zu verbessern.

Für die Versorgung mit den drei sprachregionalen DRS-Radioprogrammen ist der Sender Waldshut nicht erforderlich. Diese erfolgt ab dem Sender Rigi und ab dem Sender Säntis. Da in Waldshut leider keine weiteren Frequenzen zur Verfügung stehen und deshalb auch in Zukunft keine zusätzlichen Programme gleichzeitig verbreitet werden können, erfolgt die Frequenzuteilung an die SRG provisorisch und unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die zukünftige Nutzung im Rahmen des Radio- und Fernsehgesetzes in keiner Weise präjudiziert werden dürfe.

Erst nach dem Inkrafttreten des Radio- und Fernsehgesetzes – voraussichtlich im kommenden Frühling – wird definitiv zu entscheiden sein, ob diese Frequenz längerfristig dem Regionaljournal Aargau/Solothurn oder aber einem Aargauer Lokalradio zugeteilt werden soll. Auch der Vorschlag der Aargauer Regierung, die Sendezeit aufzuteilen und damit beiden Interessenten die Benützung dieses UKW-Senders zu ermöglichen, wird zu gegebener Zeit zu prüfen sein.

Frage 28:

**Reimann Maximilian. Nationale Leitung der SRG
Direction nationale de la SSR**

Die DV der SRG hat am 22. November 1991 einer Totalrevision ihrer Statuten zugestimmt, den schwerfälligen und pseudodemokratischen Apparat des Delegiertensystems aufgehoben und damit einer grundlegenden Strukturreform den Weg geebnet. Mit dem Uebergang zum System von dezentralen und weitgehend autonomen regionalen Radio- und TV-Einheiten scheint sich die SRG aber in Konflikt zu dem vom neuen RTVG in Artikel 29 statuierten Prinzip der «Sicherstellung der nationalen Leitung und Koordination» gebracht zu haben. Der an der SRG-DV anwesende Vertreter des EVED hatte trotz Wortmeldung keine Gelegenheit erhalten, sich zu dieser konfliktträchtigen Thematik zu äussern. Ich frage deshalb den Bundesrat als SRG-Konzessionsbehörde an:

– Wie stellt er sich konkret die Sicherstellung der nationalen Leitung und Koordination der SRG vor?

– Wie viele Mitglieder gedenkt er selber in die leitenden Organe der SRG (Zentralrat und Zentralratsausschuss) zu wählen?

Bundesrat Ogi: Es trifft zu, dass der Generalsekretär meines Departementes, Dr. Fritz Mühlemann, im Auftrag des Departementchefs anlässlich der Delegiertenversammlung der SRG vom 22. November 1991 die Aufsichtsbehörde vertreten hat. Dr. Mühlemann ersuchte nach Verabschiedung der Statuten um das Wort. Infolge eines Regiefehlers ging die Tagungsleitung nach Verabschiedung der Statuten direkt zur Behandlung der ordentlichen Geschäfte über.

Die Sicherstellung der nationalen Leitung und die Koordination der SRG sind dem Bundesrat ein Anliegen. Er wird hierzu wie auch zur Zahl der Delegierten im Zentralrat und im Zentralratsausschuss anlässlich der Statutengenehmigung Stellung nehmen.

Reimann Maximilian: Ich möchte Sie zunächst bitten, beim von der SRG angeschlagenen Tempo hinsichtlich der Statutenrevision mitzuhalten und die Genehmigung der Konzessionsbehörde nicht hinauszuzögern. Aus Ihrer Antwort habe ich aber eben schliessen müssen, dass nicht einmal die Frage, wie viele Mitglieder Sie in die Räte zu delegieren gedenken, bis jetzt beantwortet ist. Ich komme nicht um folgende Zusatzfrage herum: Wann können die neuen SRG-Statuten gemäss Ihrem Fahrplan in Kraft treten, und wie gedenkt der Bundesrat vorzugehen, falls die Version SRG und die Vorstellungen des Bundesrats divergieren?

Bundesrat Ogi: Für den Bundesrat kommt Sorgfalt vor Zeitdruck. Er wird die Anträge der SRG sorgfältig prüfen. Indes darf bei einer notwendigen Strukturreform auch nicht mutlos oder gar trölerisch vorgegangen werden. Das Geschäft soll sorgfältig, aber zügig abgewickelt werden. Die Frage, wie viele Mitglieder vom Bundesrat in die verschiedenen Räte gewählt werden können, wird vom Bundesrat entschieden, wenn ihm die Statuten zur Genehmigung vorliegen. Bis heute haben wir die von der DV verabschiedeten Statuten nicht. Wir hoffen, dass die Statuten der SRG im Laufe des Jahres 1992 in Kraft gesetzt werden können.

Frage 29:

Scheidegger. Post und Regionalbanken

Comptes de chèques postaux et banques régionales

Eine Reihe von Regionalbanken der Schweiz hat zurzeit gewisse Schwierigkeiten. Mit von zuständigen PTT-Vertretern zu gegebener Aggressivität möchte die Post von dieser Situation profitieren und Kunden vor allem auch der Regionalbanken für die Postkonti abwerben.

Findet es der Bundesrat wichtig, dass der Staat hier Bankenstrukturpolitik in einer für einige Regionalinstitute eher schwierigen Zeit betreibt? Stehen dem Bundesrat die Postcheckkonti näher als die Regionalbanken?

Bundesrat Ogi: Der Postzahlungsverkehr ist der freien Konkurrenz ausgesetzt. Die PTT sind zu einer unternehmerischen Betriebsführung verpflichtet. Dazu gehört auch die Werbung für ihre Dienstleistungen. Diese streicht normalerweise die Vorteile des angebotenen Produkts hervor. Im Falle der Postkonti kann auch deren Sicherheit angesprochen werden. Es handelt sich aber um Werbung für das Produkt und nicht gegen eine Bankengruppe. In diesem Sinne betreibt der Staat keine Bankenstrukturpolitik. Der Bundesrat ist der Meinung, dass möglichst alle Marktteilnehmer über gleich lange Spiesse im Wettbewerb verfügen sollten. Es liegt ihm nahe, dass die Schweiz über eine wirtschaftlich gesunde und wettbewerbsfähige Zahlungsverkehrs- und Bankenstruktur verfügt.

Frage 30:

Kern. N 4 Winterthur–Schaffhausen

N 4 Winterthour–Schaffhouse

Bei der Planung der Autobahn N 4 Winterthur–Schaffhausen wurden vier Fahrspuren vorgesehen und auch das Land dazu erworben. Nach Zeitungsberichten soll nun endlich mit dem Abschnitt Winterthur–Henggart noch in diesem Jahr begonnen werden. Was nun aber erstaunt ist die Erklärung vom Regierungsrat des Kantons Zürich, dass die N 4 nur zweispurig gebaut werde. Die Autobahn Stuttgart–Singen, vierspurig bis zur Schweizergrenze, soll also von Schaffhausen bis Winterthur mit zwei Fahrspuren genügen!

Der Verkehr hat seit der Vereinigung Deutschlands wesentlich zugenommen. Die Hochrhein-Autobahn A 98, die auf der deutschen Rheinseite gebaut wird, wird ebenfalls nochmals zusätzlich Verkehr auf die N 4 bringen. Im Raum Winterthur–Schaffhausen wurde eine Verkehrszunahme von 24 Prozent in den letzten fünf Jahren registriert.

Muss nicht mit einem Verkehrschaos auf einer zweispurigen N 4 gerechnet werden wie seinerzeit auf der Walenseestrasse?

Bundesrat Ogi: Der Bundesrat ist nicht der Ansicht, dass nur eine vierspurige N 4 von Winterthur bis Schaffhausen den hohen Ansprüchen an einen sicheren und europagerechten Verkehr gerecht werden kann. Er erachtet im jetzigen Zeitpunkt viel mehr den Bau einer zweispurigen Nationalstrasse als richtig.

Der Bundesrat hatte in den letzten Jahren verschiedentlich Gelegenheit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen; letztmals am 11. Juni 1991 auf eine Frage von Herrn Dreher in der Fragestunde hin, aber auch in der Antwort zur Interpellation von Frau Diener. An den dort gemachten Aussagen hat sich nichts geändert.

Kern: Herr Bundesrat, können Sie mir sagen, aufgrund von welchen Verkehrsschätzungen Sie zum Schluss gekommen sind, dass eine Strasse, die vor rund zwanzig Jahren als vier-spurig geplant wurde, plötzlich mit zwei Spuren den Verkehr schlucken kann, der von Deutschland kommt?

Bundesrat **Ogi:** Wir sind selbstverständlich vom Verkehrsaufkommen ausgegangen. Die Strasse sollte für das Verkehrsaufkommen bis ins Jahr 2000, 2010 genügen. Ich halte aber fest, dass die N 4 so gebaut werden soll, dass zu einem späteren Zeitpunkt auf der Strecke Winterthur–Henggart im sogenannten Baukastensystem eine Verbreiterung auf vier Spuren möglich wäre. Zum heutigen Zeitpunkt sind wir der Meinung, dass ein Ausbau auf vier Spuren aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht notwendig ist.

Frage 31:
Giezendanner. Projekt Cargo-X
Projet Cargo-X

Unter dem Namen Cargo-X wird bei den SBB ein Projekt für innerschweizerischen Kombiverkehr erarbeitet bzw. getestet.

Dr. Hayek verfasste dafür fünf verschiedene Projekte. Der Projektleiter Cargo-X nannte offiziell die Zahl von neun Milliarden für die Realisation des Projekts.

Obwohl jeder Sachverständige für Verkehr bestätigen wird, dass sich der Kombiverkehr nur ab 350 km Bahnstrecke sinnvoll verwenden lässt, ist bei den SBB eine grosse Projektgruppe mit Cargo-X beschäftigt.

In den letzten Monaten versuchen die SBB, den Zug von Zürich nach Bern und Renens zweimal täglich verkehren zu lassen. Die Waggons sind meist leer, deshalb hat man offenbar bei den SBB entschieden, nur noch bei einem Aufkommen von 6 vollen Waggons zu verkehren (!). Die SBB haben einen noch gültigen Leistungsauftrag, unter den Cargo-X sicher nicht fällt.

Wird das Projekt trotz dem absoluten Misserfolg und der desolaten Finanzlage der SBB weitergeführt?

Bundesrat **Ogi:** Die SBB haben dem Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement unlängst ein Konzept für «Cargo 2000» zur Genehmigung eingereicht. Sie haben das Bundesamt für Verkehr mit der Prüfung des Konzeptes beauftragt. Im heutigen Zeitpunkt ist die Zukunft von Cargo-X ungewiss. Die benötigten Investitionsmittel sind tatsächlich sehr hoch. Ob das Projekt weitergeführt wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wieweit es gelingt, private Träger mit einzubeziehen.

Frage 32:
Zwygart. Sextelefon. Verantwortung der PTT
Téléphone rose. Responsabilité des PTT

Rechtlich gesehen sind die PTT scheinbar nur verantwortlich für die Netzinfrastruktur und nicht für den Inhalt von Kommunikationen.

– Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass die PTT als Regiebetrieb verpflichtet sind, sich von moralischen Grundsätzen leiten zu lassen und nicht nur von kommerziellen Überlegungen?

– Wäre es nicht an der Zeit, einen Ehrenkodex für den Telekiosk aufzustellen?

Bundesrat **Ogi:** Die PTT sind nicht für den Inhalt der Kommunikation verantwortlich. Ein Fernmeldeanschluss darf jedoch nicht zu rechtswidrigen Zwecken missbraucht werden. Was auf dem Gebiet der Sexualität rechtswidrig ist, beurteilt der Strafrichter. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass es unabhängig vom Ergebnis einer strafrechtlichen Beurteilung Grenzen gibt. Er hegt selbst Vorbehalte gegenüber dem Angebot erotischer Dienstleistungen über die Netze öffentlicher Unternehmen, zumal sie Jugendlichen zugänglich sind.

Sollten sich die Anbieter von Dienstleistungen über die Nummer 156 zusammenfinden, um einen Ehrenkodex zu verfassen, könnte der Bundesrat diesen Schritt der privaten Initiative befürworten. Der Bundesrat kann den PTT-Betrieben indes keine Weisung über die Gestaltung des Telekioskes erteilen und hat den Autonomiebereich der PTT zu respektieren.

Zwygart: Ich danke dem Bundesrat für seine bisherigen Ausführungen. Es ist aber merkwürdig: Die PTT wissen zum voraus, dass die Nummer 156 als Sextelefon missbraucht wird, kehren aber nichts vor. Andererseits sind wir gezwungen, irgendwelche Massnahmen zu treffen. Etwas ist offensichtlich: Die PTT wollen sich mit Hilfe heikler Telefonate sanieren.

Ich frage den Bundesrat an, ob er nicht bei den PTT in dem Sinn vorstellig werden kann, um diese Frage grundsätzlich zu erörtern. Längerfristig gesehen wird die Problematik nämlich nur noch grösser. Immer Feuerwehr zu spielen schadet auch dem Image der PTT.

Bundesrat **Ogi:** Es wird nicht möglich sein, die PTT mit dem Telekiosk und mit der Nummer 156 zu sanieren. Wir werden anschliessend das PTT-Budget 1992 beraten. Das Defizit der PTT für das Jahr 1991 wird etwa 370 Millionen Franken betragen. Der Telekiosk bringt pro Monat in etwa 3,5 Millionen Franken ein. Was bleibt den PTT übrig? Im Moment nichts anderes, als das Ergebnis der verschiedenen hängigen Strafverfahren abzuwarten.

Dass der Bundesrat diese Art nicht billigt, hat er bereits im Ständerat in seiner Antwort auf die Einfache Anfrage von Frau Ständerätin Simmen zum Ausdruck gebracht.

Frage 33:
Seiler Hanspeter. Unentgeltlichkeit der Sperrung der Telefonnummer 156

Blocage gratuit du numéro de téléphone 156

Die PTT vermitteln mit der Einrichtung der Spezialnummer 156 Gespräche mit sexuellem Inhalt. Wer diese «Dienstleistung» über seinen Anschluss aus verschiedenen Gründen nicht beanspruchen will oder möchte, dass sie nicht beansprucht werden kann – zum Beispiel Eltern, Arbeitgeber –, hat für die Sperrung dieser Spezialnummer bei seinem Anschluss eine Gebühr (Fr. 6.– pro Monat) zu entrichten. Ich frage den Bundesrat, ob er nicht auch der Auffassung ist, dass die Sperrung der Nummer 156 unentgeltlich erfolgen sollte.

Bundesrat **Ogi:** Das Grundangebot eines Telefonanschlusses beinhaltet die Möglichkeit, Verbindungen mit allen anderen Telefonanschlüssen herzustellen, wozu auch die Nummer 156 zählt. Heute können die PTT auf Antrag des Kunden dessen Anschluss für alle abgehenden Verbindungen sperren. In Zukunft sehen die PTT vor, in den neuen digitalen Zentralen auch die Sperrung einzelner Anrufnummern auf Antrag zu ermöglichen. Ab 1992 wird diese Dienstleistung schrittweise eingeführt.

Das Sperren von Anrufnummern verursacht einen zusätzlichen Aufwand, Herr Nationalrat Seiler, und dieser wird ohne Unterscheidung nach Inhalt in Rechnung gestellt. Denken Sie an das Defizit, das, wie gesagt, die PTT in diesem Jahr ausweisen müssen.

Frage 34:
Bär. Fernsehwerbung für Medikamente
Publicité pour les médicaments à la télévision

Treffen die Medienberichte zu, wonach ab 1992 Fernseh- und Radiowerbung für Medikamente erlaubt werden soll?

Bundesrat **Ogi:** Artikel 18 Absatz 5 des Radio- und Fernsehgesetzes vom 21. Juni 1991 verbietet aus gesundheitspolitischen Gründen Werbung für Heilmittel. Im Interesse einer gesicherten Praxis und einer klaren Regelung ist diese Norm in dessen auf Verordnungsstufe zu konkretisieren, wobei immer dem erwähnten gesundheitspolitischen Anliegen vorrangige Bedeutung zukommt. In diesem Sinne werden im Entwurf des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes zur Ausführungsverordnung zum Radio- und Fernsehgesetz zwei Vorschläge zur Diskussion gestellt. Die Organisationen des Gesundheitswesens wurden zur Stellungnahme eingeladen. Der Hauptvorschlag übernimmt die bestehende Regelung, welche Werbung für Heilmittel der Verkaufskategorie A bis D gemäss den Listen der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel verbietet. Zugelassen sind nur Heilmittel der Verkaufskategorie E, d. h. frei verkäufliche Präparate wie

Hustenbonbons oder ähnliches – also das, was ich jetzt eigentlich nötig hätte, um besser reden zu können.

Die Variante übernimmt die Regelung des Uebereinkommens des Europarates für das grenzüberschreitende Fernsehen und schränkt das Verbot auf rezeptpflichtige Medikamente ein.

Die Stellungnahmen werden nun sorgfältig ausgewertet, und das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement wird im Anschluss daran dem Bundesrat die Ausführungsverordnung zum Entscheid vorlegen. Dem gesundheitspolitischen Anliegen wird dabei grösste Beachtung geschenkt werden, und es kann keine Rede davon sein, dass generell Werbung für Medikamente, wie dies gewisse Presseartikel glaubhaft machen wollen, am Radio und am Fernsehen zugelassen werden soll. Solches wäre, Frau Bär, klar gesetzeswidrig.

91.031

PTT. Voranschlag 1992

PTT. Budget 1992

Botschaft und Beschlussentwurf vom 23. Oktober 1991
Message et projet d'arrêté du 23 octobre 1991

Bezug bei der Generaldirektion PTT,
Viktoriastrasse 21, 3030 Bern
S'obtiennent auprès de la Direction générale des PTT,
Viktoriastrasse 21, 3030 Berne

Beschluss des Ständerates vom 22. November 1991
Décision du Conseil des Etats du 22 novembre 1991

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Züger, Berichterstatter: Trotz umfangreichen Sparmassnahmen, verstärktem Kostenmanagement sowie gezielten Tarifmassnahmen kann für 1992 lediglich ein ausgeglichenes Budget vorgelegt werden. Der Voranschlag sieht bei einem Gesamtertrag von 12 840 Millionen Franken und einem Gesamtaufwand von 12 839 Millionen Franken einen Unternehmensgewinn von 1 Million Franken vor.

Das budgetierte Investitionsvolumen beträgt gemäss Antrag der Finanzkommission 4246 Millionen Franken und der Cash-flow liegt bei 2569 Millionen Franken.

Der Kostendeckungsgrad der Postdienste beläuft sich auf 90 Prozent und derjenige der Fernmeldedienste auf 110 Prozent.

Die von den PTT zu erbringenden, nach wie vor nicht abgegoltenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen steigen 1992 auf 474 Millionen Franken.

Damit mittelfristig wiederum ausreichende Unternehmensergebnisse und stabile Ertragsverhältnisse erzielt werden, sind auf dem beschwerlichen Sanierungswege etliche Stolpersteine tatkräftig und entschlossen auszuräumen.

Im vergangenen Jahr erwirtschafteten die PTT erstmals seit fünfzehn Jahren einen Unternehmensverlust. Teuerung und Stagflation der schweizerischen Wirtschaft drücken zusätzlich auf den Finanzhaushalt der PTT. Der für 1991 budgetierte Unternehmensgewinn von 55 Millionen schmilzt dahin und verwandelt sich – wie wir eben von Herrn Bundesrat Ogi hören konnten – in einen Jahresverlust von 370 Millionen Franken.

Die Ertragskraft soll in erster Linie durch Kostensenkungen und Investitionskürzungen verbessert und mit gezielten Tarifierhöhungen bei Dienstleistungen mit ungenügender Kostendeckung gestärkt werden. So ist das ursprüngliche Budget, das noch einen Unternehmensverlust von sage und schreibe 400 Millionen Franken vorsah, über mehrere Budgetrunden kosten- und ertragsseitig wesentlich verbessert worden.

Weitere Entlastungen im Rahmen des Voranschlags sind angesichts der zu grossen Teilen bereits eingegangenen Verpflichtungen sowie der teilweise unsicheren Ertragsaussichten nicht mehr möglich. Es bedarf daher vermehrter Anstren-

gungen, um 1992 tatsächlich ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis zu erzielen.

Der Gesamtaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahr um 1021 Millionen Franken oder 8,6 Prozent zu. Davon entfallen – infolge Teuerung, Reallohnmassnahmen auf den 1. Juli 1991 sowie Personalmehrbedarf – allein 446 Millionen auf den Personalaufwand.

Der bewilligungspflichtige Personalbestand ist an die nach unten revidierte Nachfrageentwicklung angepasst worden und beträgt 64 622 Angestellte. Bei der Generaldirektion und den zentralisierten Betrieben entstand – nach Abzug von 17 Stellen, die zum neu geschaffenen Bundesamt für Kommunikation verschoben werden – gegenüber 1991 ein Mehrbedarf von 46 und bei den Fernmeldedirektionen von 144 Stellen. Kein Zuwachs, sondern ein Rückgang von 86 Stellen ist bei den Kreispostdirektionen infolge der eingeleiteten Spar- und Rationalisierungsmassnahmen vorgesehen.

Die Zuwachsrate bei den Fremdleistungen ist mit 375 Millionen Franken oder 9,8 Prozent beachtlich. Dazu tragen vor allem die Entschädigungen im internationalen PTT-Verkehr und an Transportunternehmungen, vermehrte Unterhalts- und Umbauarbeiten an Gebäuden und Betriebseinrichtungen, gestiegener Materialbedarf sowie höhere Mietzinse bei.

Beim Abschreibungs- und Zinszuwachs von 206 Millionen drücken insbesondere die infolge ungenügender Selbstfinanzierung mehr als doppelt so hoch ausfallenden Zinszahlungen zusätzlich auf die Ertragslage.

Für 1992 gehen die PTT von einer Steigerung der Verkehrsleistungen von 4,1 Prozent aus – Post plus 1,3 Prozent, Fernmeldedienste plus 6,1 Prozent. Die Steigerung liegt damit prozentual unter den Zuwachsraten der Vorjahre, fällt jedoch bei einem geschätzten realen Wachstum der inländischen Volkswirtschaft von 1,5 Prozent beinahe dreimal so hoch aus.

Dank der auf Frühjahr 1992 in Kraft tretenden Tarifmassnahmen, die insgesamt über 600 Millionen Franken Mehreinnahmen (bei den Postdiensten 390 Millionen, bei den Fernmeldediensten 245 Millionen) oder rund 5 Prozent des Umsatzes einbringen sollen, steigt der Gesamtertrag um 967 Millionen auf insgesamt 12,84 Milliarden Franken an. Die Postdienste verzeichnen einen Ertragszuwachs von 188 Millionen, die Fernmeldedienste einen von 743 Millionen.

Die PTT wollen im Budgetjahr 1992 in Sachanlagen und Beteiligungen 4,291 Milliarden (Antrag der Finanzkommission 4,246 Mrd.) investieren. Der Bedarf steigt damit innert Jahresfrist um 331 Millionen oder etwa 9 Prozent an. Hauptgründe für den neuerlichen Investitionszuwachs sind Beschaffungen im Liegenschaftsbereich für betriebliche Infrastrukturvorhaben und zusätzlichen Wohnraum für das PTT-Personal sowie nachfragebedingte Ausbauten bei Telefonteilnehmerlinien und Uebertragungsausrüstungen.

Nicht zu übersehen ist neben dem unbefriedigenden Budgetergebnis die weitere Verschlechterung der Cash-flow-Finanzierung. Die Investitionen können nur noch zu 60 Prozent durch selbsterarbeitete Mittel finanziert werden. Die verbleibende Lücke von 1,7 Milliarden Franken kann neben dem prognostizierten Zuwachs beim Postcheck und bei der Personalsparkasse durch die Aufnahme von Fremdkapital bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung sichergestellt werden. Die Quittung für dieses ungesunde Missverhältnis bleibt aber nicht aus. Der Saldo von Zinsaufwand und Zinsertrag steigt innert Jahresfrist von 86 auf 272 Millionen Franken an. Die im betrieblichen Bereich erzielten Ergebnisverbesserungen werden somit zu grossen Teilen wieder zunichte gemacht. Hier wäre es wirklich an der Zeit, die Höhe und die Art der Postcheckverzinsung zu überprüfen.

Damit die PTT in den Planjahren 1993/94 schwarze Zahlen schreiben, sind weitere Tarifanpassungen und markante Einsparungen, vorab in den Bereichen mit ungenügender Kostendeckung und schwachem Produktivitätsfortschritt, nötig. Angesichts der zunehmenden Liberalisierungstendenzen, des erhöhten Wettbewerbsdrucks, der rasanten technologischen Entwicklung und des neuen Fernmeldegesetzes werden die PTT nicht darum herumkommen, ihre Infrastruktur und Dienstleistungen grundlegend zu überprüfen. Sodann sind die über Rationalisierungsmassnahmen und Tarifierhöhungen

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.12.1991 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2186-2195
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 671

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.